

Ingrid Lohmann

Contra Schul sponsoring*

In der Tat: Was sollte gegen die private Förderung von Bildungseinrichtungen sprechen in Zeiten leerer öffentlicher Kassen? Wenn doch gar kein Einfluß auf die Bildungsprozesse genommen wird, sondern nur Angebote gemacht werden, gegen die man wirklich nichts haben kann? Bloß gilt seit je: Wer die Musik bezahlt, bestimmt auch, was gespielt wird. Meine erste These lautet: *Public private partnerships* sind der *maelstrom*, der die Beziehungen von Bildung und Ökonomie aus der Moderne in die Postmoderne überführt. Sie bezeichnen den Trend, der in der kommenden schulgeschichtlichen Epoche zum *mainstream* geworden sein wird.

In der Moderne sind die öffentlichen allgemeinen Bildungseinrichtungen in einem nationalstaatlichen Zusammenhang von Ökonomie und Politik, Wirtschaft und Kultur, Privatem und Öffentlichem situiert. Sie dienen der Heranbildung des *citoyen*, des Staatsbürgers, der dem öffentlichen Gemeinwesen seines Landes verpflichtet ist. Selbst ihrer eigenen Ideologie nach existiert und funktioniert die Moderne nur solange, wie nationalstaatlich verfaßte Öffentlichkeiten in der Lage sind, als solche zu wirken, d. h. ihre eigene andere Seite, den *bourgeois*, im Zaum zu halten, Wirtschaftsprozesse zu regulieren, Kontrolle auszuüben, in einen Streit über Werte einzutreten, Entscheidungen herbeizuführen, die mehrheitsfähig sind. Das Konzept hält stand, solange öffentliche Akteure – wie das pädagogische Personal einer Schule – aufgrund staatlicher Alimentierung unabhängig und durch hinreichend bedeutsame Beziehungen zu anderen Segmenten der öffentlichen Sphäre einflußreich genug sind, um Mißstände anzuprangern, Übergriffe in ihren Bereich

* [Die Redaktion der Zeitschrift Pädagogik formulierte die Fragestellung „Ist Sponsoring eine Chance angesichts knapper Ressourcen oder der Anfang vom Ende der öffentlichen Schule?“ und veröffentlichte den vorliegenden (hier geringfügig überarbeiteten) Artikel zusammen mit einem *Pro*-Beitrag von Hans-Joachim Knopff.]

zu verhindern, partikularistische Einflußnahmen abzuwehren. Es hält stand, solange die staatlichen und öffentlichen Akteure nicht korrupt sind.

Wenn hingegen der *bourgeois* den nationalstaatlichen Rahmen hinter sich läßt und global operiert – und bekanntlich haben wir es bei Großbanken und multinationalen Konzernen nicht mit schlichten Privatleuten zu tun –, dann ist er den (nationalstaatlichen) Kontrollmechanismen des *citoyen* entzogen. Die bürgerliche Demokratie tritt dann auch ihrer eigenen Ideologie nach außer Kraft. *Public private partnerships* sind der neoliberale Vorgriff auf Abkommen wie das *Multilateral Agreement on Investment* (M.A.I., das seit 1995 von Emissären aus 29 Nationen in der OECD-Zentrale in Paris konspirativ ausgehandelt wird) für das Bildungswesen. Sie sind der Anfang vom Ende öffentlicher allgemeiner Schulen und Universitäten.

Aber wer wollte angesichts der Allianzen aus potenten Geldgebern, ‚gerührten Eltern‘ und ‚glücklichen Schülern‘ noch an die Idee der *balance of power* denken; beklagen, daß mit der privaten Finanzierung ehemals öffentlicher Institutionen durch Banken und Wirtschaftsunternehmen (die niemand dazu zwingt, stattdessen gehörig Steuern zu zahlen) das Prinzip der Gewaltenteilung gröblich verletzt ist, welches bürgerliche Demokratien vom Typ der Moderne, der Ideologie nach, kennzeichnet. Beim Bundesverfassungsgericht Klage einreichen – wegen Aufgabe materieller und ideeller Unabhängigkeit einer Schule?

Unterdessen mehren sich die hausgemachten Beispiele: Der Fall des Neunzehnjährigen, der von der Schule verwiesen wurde, weil er am Coca-Cola-Tag seiner Schule aus Daffke ein Pepsi-Cola-Hemd getragen hat, *der* Fall stammt aus Georgia, USA. Die ausgedehnte Praxis der Förderung privatunternehmerischen Sponsorings von Bildungseinrichtungen nach US-Vorbild durch den Berliner Senat war bloß der Anlaß, darüber zu berichten (vgl. Washington Post, 26.3.1998; Jungle World, 29.4.1998).

Der gesamte Vorgang des Abbaus öffentlicher Einrichtungen läßt sich auf eine Formel bringen: Der *bourgeois* ist dabei, sich des *citoyen* zu entledigen, und alle finden es super! – Fast alle, jedenfalls. Zu den Ausnahmen zählt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber mit seiner These, daß Regieren *out* ist und Gier *in*. Daß Privatisierung nicht die Begrenzung von Regie-

rungsgewalt darstellt, sondern die Beendigung der Demokratie: „private Raffgier, die als öffentliche Philosophie paradiert“ (International Herald Tribune, 20.4.1998, 8).

Zweite These: Privates *sponsoring* von Schulen ist *das* wirtschafts-, finanz- und bildungspolitische Instrument für die neoliberale Implementation der ‚Informationsgesellschaft‘ im Bildungsbereich. Alles, was nicht auf ‚Informationsgesellschaft‘ einschließlich ihrer Akzeptanz zielt, fliegt raus. Man stelle sich vor: Ihre Schule liegt weitab von jedem Technologiepark; Sie sind an einer Sonderschule tätig; Ihre Liebe gilt einem Unterricht in klassischer Literatur, den Ihre SchülerInnen schätzen, obwohl (oder gerade weil) er eher konventionell gestaltet ist; Sie möchten Ihr zusammen mit SchülerInnen entwickeltes Konzept für einen besseren Geschichtsunterricht erproben, haben aber überhaupt keine Lust, es obendrein noch werbewirksam zu präsentieren; Sie entwickeln mit Ihren SchülerInnen eine Datenbank, in welcher schon frühzeitig *links* zum *M.A.I.*-Entwurf und der internationalen Kritik daran versammelt waren. Probleme bekommen Sie mit alledem nicht von heute auf morgen. Aber allmählich werden Sie an den Rand gedrängt. Und wenn Sie, im letztgenannten Fall, für neue Maschinen, *updates* und Reparaturen kein Geld auftreiben können, nützen Ihnen nicht einmal mehr die Schlupflöcher, die die Technologie der vernetzten Computer immer wieder bietet, der Zensur zu entgehen.

Dritte These: Privates *sponsoring* von öffentlichen Schulen hebelt die bürgerliche Demokratie vom Typus der Moderne aus. Und offensichtlich fangen die Übergriffe in das, was ehemals als relative Autonomie von Schule gedacht worden ist, schon an, wenn Elternvertreter infolge entsprechender staatlicher Erlasse in den Konferenzen des pädagogischen Personals sitzen.

Natürlich kann man dies alles auch gelassen sehen und darauf verweisen, daß jenes Demokratiemodell sowieso zu wünschen übrig ließ – und an Demokratie-modellen für die Postmoderne muß ja ohnehin gearbeitet werden.